Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49; sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 108; W. 35, Potsdamerstr. 35; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 108; W. 35, Potsdamerstr. 35; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Gr. Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 376. **Berlin, Sonntag, den 27. Juli 1902.** **XXXI. Jahrgang.**

Hierzu die Illustrirte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 60.

□ Politische Wochenschau.

Von

Arthur Levysohn.

Mitten in das sommerliche Ruhebedürfniß der politischen Welt klingen seltsam aufregende Meldungen, die sich mit der unseren Natur des Dreibundes befassen, und die, wenn sie auf Wahrheit beruhten, einen wirklichen Triumph jener Koterien zu bedeuten hätten, die von der Seine wie von der Newa aus seit längerer Zeit nicht müde werden, den Zerfall des mitteleuropäischen Friedensbundes aller Welt anzukündigen. Zum Unglück für die Urheber dieser Ausstreuungen sind alle autorisirten Stimmen darüber einig, daß diesen Angaben die Grundlage fehlt, und daß diese Unterstellungen in Wirklichkeit nichts zu bedeuten haben.

Seltsamerweise gingen die Mittheilungen von Budapest und Wien aus, wo sie mit einer Etikette versehen worden waren, die auf Berlin als die eigentliche Ursprungsstätte verwies. Sie gipfelten in der Behauptung, daß im Gegensatz zu allen amtlich beglaubigten Kundgebungen der Dreibundvertrag diesmal nicht in seiner ursprünglichen Fassung erneuert worden sei. Man habe vielmehr mit Rücksicht auf Frankreich und Rußland jene Bestimmungen daraus entfernt, die Italien verpflichtet hätten, in einem Kriege gegen Frankreich ein italienisches Armeekorps über den Brenner zu senden, damit es sich auf deutschem Boden dem deutschen Heere anschließe, und in einem Kriege gegen Rußland ein anderes Armeekorps über Ungarn unter dem Kommando des Königs von Rumänien gemeinsam mit ungarischen und rumänischen Armeeabtheilungen operiren zu lassen. Aus dem sich entwickelnden Für und Wider in der Presse stellte sich heraus, daß die italienische Verpflichtung für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Frankreich allerdings früher einmal bestanden, aber niemals einen integrirenden Bestandtheil des Dreibundvertrages gebildet habe, überdies aber schon vor der vorletzten Erneuerung des Bündnisses einfach gestrichen worden wäre. Es hätte sich sonach nicht um den Inhalt des politischen Bündnißvertrages gehandelt, sondern um eine militärische Konvention, die von dem deutschen und dem italienischen Generalstabe für gewisse Fälle vereinbart worden sei. Der Text des Dreibundvertrages wäre durch diese militärische Uebereinkunft nie beschwert gewesen, und als man sie vor zwölf und mehr Jahren einfach fallen ließ, hätten die politischen Verpflichtungen, die der Dreibundvertrag stipulirte, dadurch nicht die geringste Abschwächung erfahren. Was aber die militärische Uebereinkunft Italiens mit Oesterreich-Ungarn anbetrifft, so könne sie sehr wohl als Verständigung der beiden Generalstäbe neben dem Vertrage bestanden haben. Aber auch sie hätte in keiner Weise einen integrirenden Theil des Vertragsinstrumentes dargestellt. In jedem Falle sei diese Vereinbarung militärischer Natur bei der diesmaligen Erneuerung des Dreibundes ebenso wenig wieder aufgenommen worden wie die entsprechende Uebereinkunft des italienischen und deutschen Generalstabes für die Eventualität eines Krieges gegen Frankreich. Das alles gehöre einer längst vergangenen Epoche an und habe mit der gegenwärtigen politischen Konstellation nichts zu thun.

Das also ist die autorisirte Lesart, die alles für sich hat, da nicht anzunehmen ist, daß die leitenden Staatsmänner, die so oft die unveränderte Verlängerung des Dreibundes öffentlich bekundet haben, sich einer bewußten Entstellung der Wahrheit oder Verschleierung des Sachverhaltes schuldig machen würden. Da aber taucht die andere Frage auf: wer konnte ein Interesse daran haben, die Nachricht von der italienischen Hilfeleistung gegen Rußland gerade jetzt zu lanciren und damit eine Bloßstellung des Königs von Rumänien zu verbinden? Es ist Thatsache, daß die betreffende telegraphische Nachricht nächtlicherweile an eine Reihe Berliner Zeitungen, zu denen auch das „Berliner Tageblatt“ neben der „Vossischen“ und „Nationalzeitung“ gehörte, gesandt worden ist. In der Nacht war natürlich eine Prüfung des Depeschenhaltes und eine Informirung an unterrichteter Stelle über die Zuverlässigkeit dieser Meldung nicht möglich. Man war also, wie man sieht, mit kluger Berechnung der nächtlichen redaktionellen Verhältnisse der Zeitungen vorgegangen. Der Gedanke lag nahe, daß irgend eine nicht offizielle Stelle in Oesterreich-Ungarn, die in dem intimeren Anschluß Italiens an Rußland den Anfang einer künftigen Störung des Balkangleichgewichtes erblickte, in Petersburg habe zu verstehen geben wollen, daß man im Quirinal nicht immer so freundschaftliche Gesinnungen für das Zarenreich gehegt habe, wie sie eben jetzt bei dem Besuche Viktor Emanuels III. am Hofe Nikolaus II. zum Ausdruck gelangt waren. Was aber hatte, wenn diese Unterstellung einen Sinn besaß, die thatsächliche Kompromittirung des Königs Karol von Rumänien damit zu schaffen? Oesterreich-Ungarn besaß doch gewiß kein Interesse daran, das Verhältniß Rumäniens zum Dreibunde in so zugespitzter Weise zur Kenntniß Rußlands zu bringen. Da sich also die Annahme des Wiener Ursprunges in guter Logik nicht aufrecht erhalten läßt, so tappt man nach wie vor im Dunkeln über die Urheber des Intriguenspiels und dessen Zwecke.

Daß man sich in Frankreich eines Gefühls der Schadenfreude bei diesen Pfeudoenthüllungen nicht erwehren konnte, ist nur zu begreiflich. Die Staatskunst des Herrn Delcassé erhielt dadurch eine Aureole, die sie bis dahin hatte entbehren müssen. Das nationalistische Frankreich, das unter anderen Umständen diesen anscheinenden Triumph Delcassés sehr hoch bewerthet haben würde, fand sich aber gerade in diesem Augenblick in einer so ausfallenden Fechterstellung gegen das Ministerium Combes, daß es für unzeitgemäß galt, den anscheinenden Erfolg eines Mitgliedes dieses Kabinets noch besonders zu unterstreichen. Die antiklerikale Politik des Ministerpräsidenten, die sich namentlich in der Austreibung einer Anzahl von Schulkongregationen bekundete, welche sich nicht hatten entschließen wollen, dem Wortlaut des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes sich anzubequemen, diese antiklerikale Politik brachte es zu Wege, daß zum ersten Male seit langen Jahren die Ruhe und Ordnung auf den Straßen von Paris bedroht, ja gestört wurden.

Es ist ein eigenthümliches Charakteristikum der Pariser Bevölkerung, daß sie stets geneigt ist, gegen die herrschende Staatstendenz lärmende Kundgebungen zu veranstalten. Unter dem Kaiserreich demonstrirten die Republikaner gegen die angeblich klerikalen Tendenzen Napoleons III. Unter der Republik sind es die Monarchisten, Klerikalen, Nationalisten und Antisemiten, die in einer Art von Kartell sich öffentlich gegen die antiklerikalischen Neigungen der am Ruder befindlichen Republikaner entrüsten. Solche Demonstrationen können in der französischen Hauptstadt zu jeder Zeit und ohne Aufwand allzu großer Mittel in Szene gesetzt werden. Man sollte daher diese Auflehnungen nicht allzu hoch bewerthen; aber es scheint doch, daß es gelungen, Herrn Combes wenigstens bis zu einem gewissen Grade durch die klerikale Fluthwelle, auf wie künstlichem Wege sie auch erzeugt worden sein mag, einigermaßen einzuschüchtern. Ein gestern erlassenes Cirkular des Premiers, das der Ministerrath gutgeheißen, setzt schon eine gange Menge von Ausnahmen fest, auf die das Schulschließungsdekret, durch welches die unbotmäßigen Kongregationen getroffen werden sollten, keine Anwendung mehr finden soll. Herr Combes hat ersichtlich das Mantenffelsche Wort ins Französische übersetzt: „Der Starke weicht muthig zurück.“ Er entfernt sich dadurch von den Formen des durch Bismarck seinerzeit in Deutschland manguirten Kulturkampfes. Und vielleicht mit Recht. Der Gendarm und der Polizist, die bei uns so unerbittlich als die Vollstrecker der Maigesetze fungirten, hatten sich als ziemlich ohnmächtige Bundesgenossen erwiesen. Bismarck war trotz all seiner Gewaltthätigkeit in der Fehde gegen den Katholizismus wie später im Kampfe gegen den Sozialismus unterlegen. Er mußte die Erfahrung machen, daß der Ansturm gegen geistige Strömungen mit der Rüstung des Polizeistaates sich nicht bestehen lasse. Vielleicht hat Herr Combes, durch diese Spuren der Bismarckschen Thätigkeit erschreckt, den richtigeren Weg eingeschlagen. Jedenfalls haben die Freunde des Vatikans in Frankreich alle Ursache, über die erste Schlappe zu triumphiren, die das antiklerikale Kabinet durch den freiwillig angetretenen Rückzug erleiden mußte.

Bei uns in Deutschland verfolgt man mit erklärlichem Interesse die Peripetien dieses französischen Dramas. Wir haben immer noch unter den Nachwehen der Bismarckschen Kirchenpolitik zu leiden, und die durch sie erzeugte Stärkung der Centrumspartei liegt wie ein Mehlthau auf unseren parlamentarischen Verhältnissen. Diese Centrumspartei ist zum ausschlaggebenden Faktor unserer Volksvertretung geworden, und die Parteien von rechts und links mit und ohne Kartell sehen sich zu relativer Ohnmacht verdammt. Das zeigt sich sogar auf dem sehr wenig geistigen Gebiete unserer Zollpolitik, und die Regierung, die sich nicht anders zu helfen weiß, sieht sich genöthigt, um nur jeweilig über eine Majorität zu verfügen, das Centrum wie seine Forderungen mit Sammethandschuhen anzufassen. Zu den Verhandlungen der Zolltarifkommission, die uns auch im Sommer nicht parlamentarisch zur Ruhe kommen lassen, muß Graf Posadowsky als der eigentliche Redeminister der Regierung diese Erfahrung oft genug machen. Aber auch abgesehen davon steckt er in keiner sehr angenehmen Haut. Er soll das Zustandekommen von Handelsverträgen ermöglichen, aber er darf sich für gewöhnlich den unersättlichen Agrariern und industriellen Hochschutzzöllnern gegenüber nicht aus der gemäßigten Zone der gouvernementalen Bereitsamkeit entfernen. Zeitweilig droht jedoch auch ihm der Geduldsfaden zu reißen, und er schlägt kräftigere Töne an, allerdings nur, um gleich darauf wieder durch allerhand dialektische Kunststücke die vehementen Ausfälle rückgängig zu machen, zu denen er sich im Eifer des Gefechtes hinreißen ließ.

Da ist sein Kollege, der preußische Landwirthschaftsminister glücklicher daran. Er spricht offene und ernste Worte zu seinen agrarischen Freunden, aber nur, nachdem er sich vorher vergewissert, daß die Thür geschlossen sei. Herr v. Podbielski wäre, sagt man mit Recht oder Unrecht, an gewissen Stellen in den Geruch gekommen, zu nachgiebig gegen seine agrarischen Freunde gewesen zu sein. Man habe ihm das in hochmögenden Kreisen etwas verübelt, ja die Gnadensonne, die ihm vorher geleuchtet, hätte sich etwas verdunkelt. Er mochte das ungewisse Gefühl haben, daß er im Begriff stehe, wie weiland Herr Miquel sich zwischen zwei Stühlen zur Erde zu setzen. Da habe er es für seine Pflicht gehalten, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen und den pommerschen Agrariern zur gelegenen Stunde die Wahrheit zu sagen, wie er sie empfand. Die konservativen Organe standen schier fassungslos, als sein dröhnender Redeerguß bekannt wurde. Aber so laut auch ihre Angstrufe erschollen — zu einem Dementi der ihm zugeschriebenen Aeußerungen hat sich Herr v. Podbielski bis heute nicht entschließen mögen. Er wird wohl am besten wissen, warum.

---

* Der badische Ministerialdirektor Scherer, der am Donnerstag zum **Zolltarif** des Grafen Posadowsky in Opposition trat, wird, wie es sich erwarten ließ, von der **badischen Regierung** zurechtgewiesen. Ein Privat-Telegramm aus Karlsruhe meldet uns:

Die „Süddeutsche Reichskorresp.“ ist in der Lage, zu erklären, daß die badische Regierung selbstverständlich heute noch, wie seinerzeit der Finanzminister amtlich erklärte, auf das Zustandekommen des Zolltarifs, wie er aus den Berathungen der verbündeten Regierungen hervorgegangen ist, den höchsten Werth legt, als einer unerläßlichen Voraussetzung für den Abschluß neuer befriedigender Handelsverträge. Die Aeußerungen der Presse, daß Baden dem Reichskanzler Schwierigkeiten bereiten wolle, seien als unverständig zurückzuweisen.

Trotzdem bleibt es bestehen, daß auch die Bundesstaaten über den Zolltarif keineswegs eines Sinnes sind. Diese Thatsache läßt sich heute durch alle offiziösen Ableugnungen nicht mehr aus der Welt schaffen.

---

* Die Polen scheinen mit ihren Warnungen, Bitten und Beschwörungen wirklich erreicht zu haben — zwar nicht, daß der **Kaiser** auf seinen **Besuch Posens** verzichtet, wohl aber, daß die Dispositionen dafür abgeändert wurden. Auffälligerweise blieben allerdings die Herren des Provinziallandtages und ihr Anhang mit ihren dunklen Andeutungen nicht allein; auch in demjenigen Theil der deutschen Presse, dem man Scharfmacherglüste nachsagt, wurde eine merkwürdige Besorgniß über politische Gährung in der Polackei und über polnischen Frevelmuth ausgedrückt. Es scheinen dabei hinter den Kulissen Intriguen mitgespielt zu haben, die nicht ganz durchsichtig sind. Jedenfalls wird jetzt von mehreren Blättern behauptet, daß das ursprüngliche Programm des Kaisereinzuges in Posen umgestoßen worden sei. Es war nämlich beschlossen worden, am Berliner Thor eine große Tribüne zu bauen, an der die Spitzen der Stadt, die Stadträthe, die Stadtverordneten, die Ehrenjungfrauen u. s. w. den Monarchen begrüßen sollten. Ebenso sollte dem Kaiser hier der Ehrentrunk gereicht werden. Dieses Programm habe keine Bestätigung in Berlin gefunden. Der Kaiser habe sich jeden Empfang, der über das Militärische hinausgeht, verbeten; alle Festlichkeiten in Posen sollen einen rein militärischen Charakter tragen. Alle Fenster nach der Straße zu sollen beim Einzuge des Kaisers in allen Straßen und auf allen Plätzen, die der Kaiser passirt, geschlossen bleiben, das Betreten der Balkons soll verboten sein u. s. w. Der Einzug des Kaisers in die Stadt Posen solle gewissermaßen einen Einzug in eine eroberte Stadt darstellen, „um den Polen zu zeigen, wer Herr im Hause ist.“ Wir möchten diese Meldungen vorläufig stark bezweifeln. Posen gehört seit einem Jahrhundert dem preußischen Staate an; es hat in dieser Zeit Freude und Leid mit den übrigen Provinzen getheilt. Es ist wahr, daß die nationalpolnische Bewegung dem preußischen Staate viel Mühe macht und eine Abwehrpolitik provozirt hat, aber zum offenen Angriff ist es seit einem Menschenalter nicht gekommen, und die polnischen Bewohner der östlichen Provinzen Preußens bestreiten, daß sie die Loslösung von Preußen erstreben. Ein Grund, Posen von Neuem zu erobern, liegt also nicht vor, und ebenso wenig Veranlassung zu einem Triumphzuge. Wir glauben deshalb nicht, daß die Dispositionen in der hier angekündigten Weise getroffen sind, da sie die Dinge in den polnischen Landestheilen vor dem Auslande in einem falschen Lichte erscheinen lassen müßten und zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon gespannten Beziehungen zwischen Deutschen und Polen beitragen würden.

---

* Der Magistrat von Charlottenburg bemüht sich seit einiger Zeit, das **Ausscheiden der Stadt Charlottenburg aus dem Landtagswahlkreise** Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg-Schöneberg-Rixdorf durchzusetzen und hat soeben sich an die Magistrate von Schöneberg und Rixdorf mit dem Ersuchen gewandt, sich an den Schritten, die er unternimmt, zu betheiligen. Die Stadt Charlottenburg hätte, wenn die Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus nach der Einwohnerzahl gebildet würden, Anspruch auf mehrere Abgeordnete, ebenso die Städte Schöneberg und Rixdorf, während jetzt diese drei Großstädte zusammen mit den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow, von denen der erstere auch Anspruch auf mehrere Abgeordnete für sich allein hätte, im Ganzen nur zwei Vertreter in das Abgeordnetenhaus und, beiläufig bemerkt, nur einen Vertreter in den Reichstag entsenden